

PLENARREDE

REDE VON THOMAS KUTSCHATY

TOP 3 - ZUKUNFT DER KOHLERVERSTROMUNG

ÖKONOMISCH UND SOZIAL VERANTWORTBAR

GESTALTEN - KOMMISSION „WACHSTUM,
STRUKTURWANDEL UND BESCHÄFTIGUNG“ MUSS

INTERESSEN DES INDUSTRIE- UND ENERGIELANDES

NORDRHEIN-WESTFALEN IM BLICK HABEN

13.06.2018 – Landtag NRW

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben in diesem Lande viele Jahre, ja sogar Jahrzehnte, Verantwortung getragen, wenn es um die Frage des Strukturwandels ging. Ich darf Ihnen auch sagen: Wir sind gerne bereit, diese Verantwortung weiterhin zu tragen, und biete Ihnen ausdrücklich unsere Unterstützung an. Das setzt allerdings auch voraus, sehr geehrter Herr Kollege Rasche, sehr geehrter Herr Kollege Löttgen, dass Sie einen erkennbaren Kurs in der Energiepolitik dieses Landes haben. Dann sind wir gegebenenfalls gerne bereit, Positionen zu unterstützen.

Ihre beiden Redebeiträge heute haben wieder einmal deutlich gemacht, dass Industrie- und Energiepolitik offensichtlich nicht zu Ihren Kernkompetenzen gehört. Sie reden – das muss man hier auch einmal festhalten – seit Jahren über Energiepolitik wie Pinguine über den Nordpol. Der amateurhafte Versuch Ihres Ministerpräsidenten, die belgische Regierung dazu zu bewegen, die Atomkraftwerke stillzulegen, zeigt schon, wie wenig Konzept hinter einzelnen Aktionen dieser Landesregierung steht. Das ist in dem Zusammenhang noch einmal sehr deutlich geworden.

Nun beantragen Sie diese Aktuelle Stunde. Da haben wir uns gefreut und gesagt: Jetzt hören wir etwas Neues; jetzt kommen neue Impulse von CDU und FDP, wie sie den Strukturwandel gerade auch im Rheinischen Revier gestalten wollen. Aber schon wenn man sich den Antragstext durchliest, erkennt man, dass er die völlige Konzeptlosigkeit und Bigotterie Ihrer Energiepolitik widerspiegelt. Dort heißt es nämlich: Bund und Länder müssten im Rahmen der Kommissionsarbeit dafür kämpfen, dass die Zukunft der Kohleverstromung ökonomisch und sozial verantwortbar gestaltet werde. Die Landesregierung wolle Strukturbrüche vermeiden und Impulse setzen, und zwar nicht irgendwelche Impulse, sondern entscheidende.

Welche das sein sollen, dass deuten Sie aber noch nicht einmal an, genauso wenig wie Ihr Ministerpräsident, dessen energiepolitische Plattitüden Sie in Ihrem Antragstext rauf und runter zitieren: Für Strukturwandel im Rheinischen Revier müsse man etwas tun. Unsere energieintensiven Industrien müssten zu jeder Zeit über bezahlbaren Strom verfügen können. Das Ende der Braunkohleverstromung vor 2045 sei denkbar, aber nur unter verschiedenen Abwägungsinteressen. Welche süße Säuselei! Leider steckt aber auch viel Heuchelei dahinter. Die Wahrheit ist doch: Es war Ihr Ministerpräsident Armin Laschet, der sich im vergangenen Herbst bei einem Glas Rotwein im Kanzleramt bereit erklärte, die Braunkohleverstromung bis zum Jahr 2030 um 7 GW zu reduzieren – und zwar ohne jeden Plan für die soziale Abfederung und ohne jedes Konzept für die Versorgungssicherheit!

Es war Armin Laschet, der diesen Abwägungsprozess als unnötige Zeitverschwendung gesehen hat. Es war Armin Laschet, der die ökonomische und die soziale Planungssicherheit im Rheinischen Revier für eine neue Machtoption im Bund opfern wollte. So schnell haben Sie Ihre Meinung damals geändert, Herr Laschet! Das ging selbst der FDP zu weit. Christian Lindner erklärte damals nach den Jamaika-Sondierungen, ganz NRW wäre von dieser Politik betroffen gewesen; die 7 GW weniger Kohlestrom

hätten im Rheinischen Revier zu echten Strukturbrüchen und sozialen Verwerfungen geführt. Das ist das vernichtende Urteil Ihres heutigen Koalitionspartners, Herr Ministerpräsident. Glauben Sie allen Ernstes, die Menschen im Rheinischen Revier hätten Ihr Verhalten in Berlin schon vergessen? Glauben Sie wirklich, dass man die Menschen hier verarschen und veräppeln kann? Das ist wirklich nicht das, was ein Ministerpräsident tun sollte.

Was sollen wir von einer Landesregierung halten, deren Ministerpräsident sagt, der Ausstieg aus der Kohle komme vielleicht 2045, vielleicht aber auch schon 2030, vielleicht aber auch irgendwann, möglicherweise dazwischen? Herr Ministerpräsident, der Energiesektor ist kein Freibad, das man abhängig von der politischen Wetterlage öffnen oder schließen kann. Hier braucht es vernünftige, verlässliche Planungen. Wir warten einmal ab, wann und ob die Strukturwandelkommission einen Ausstiegszeitpunkt vorschlagen wird. Wir erwarten von dieser Landesregierung aber, dass sie sich keinen Ausstiegsbescheid zustellen lässt, sondern selbst eine begründete Position entwickelt, um überhaupt verhandlungsfähig zu sein.

Wir erwarten von einer nordrhein-westfälischen Landesregierung zudem, dass sie nicht sämtliche Verantwortung auf eine Berliner Kommission überträgt, sondern selbst bereit ist, Verantwortung für das Rheinische Revier und für die Zukunft der Menschen in unserem Bundesland zu übernehmen. Eine nordrhein-westfälische Landesregierung muss selbst einen Zukunftsplan für das Rheinische Revier entwickeln und ihn auch durchsetzen. Es geht hier um Vernetzung von Wissenschaft und mittelständischen Unternehmen. Es geht um moderne Infrastruktur. Es geht um digitale Kommunikationstechnologien. Es geht um den Ausbau regenerativer Energien und zuletzt auch um gutes Wohnen. Diese Ideen und Konzepte erwarten die Menschen von der Landesregierung. Das haben sich die Menschen aus den Braunkohlerevieren auch verdient. Niemand darf ins Bergfreie fallen. Kinder und Enkelkinder der heutigen Bergleute können Ingenieurinnen und Wissenschaftler sein, Facharbeiter und Unternehmerinnen. Sie können gute und sichere Einkommen haben, wenn eine Fülle neuer Unternehmen in ihrer Region produzieren, Handel treiben und forschen möchte. Aber all das setzt voraus, dass die Politik und eben auch die Landespolitik Planungssicherheit schafft und auf eine aktive Strukturpolitik setzt.

Nordrhein-Westfalen hat der Kohle und der Braunkohle – ich glaube, da sind wir uns einig – viel zu verdanken. Braunkohle werden wir noch für eine gewisse Zeit als Geleitschutz brauchen, um den Weg zur klimaneutralen Energieversorgung hinzubekommen. Bis dahin haben die Menschen dort in der Region aber ein Recht auf Anerkennung ihrer Leistungen, die sie für unser Land erbracht haben. Sie haben ein Recht auf gute Arbeit und soziale Sicherheit. Sie haben ein Recht auf aktive Strukturpolitik hier in Nordrhein-Westfalen.

Herzlichen Dank.